

Wirtschaftlicher Ausblick für 2010: Langsame Erholung zu erwarten

Die internationale Krise hat die Ukraine besonders hart getroffen. Die Wirtschaftsleistung ist im Jahr 2009 um ca. 14% zurückgegangen; ein massiver Einbruch, auch im regionalen Vergleich. Neben der Kredithilfe des IWF haben reale Lohnsenkungen, eine starke Abwertung der Währung sowie eine restriktive Geldpolitik entschieden zur wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes beitragen.

Für 2010 wird eine moderate wirtschaftliche Erholung prognostiziert. Während die Ukraine von der globalen Erholung der Wirtschaft profitieren sollte, kehren die starken außenwirtschaftlichen Wachstumsimpulse der Vorkrisenzeit wohl so schnell nicht zurück; das BIP sollte lediglich um ca. 3% ansteigen. Strukturreformen als langfristigen Wachstumsmotor scheinen daher wichtiger denn je zu sein. Aber auch bei der makroökonomischen Stabilisierung stehen wichtige Aufgaben bevor. Insbesondere muss das Budgetdefizit in enger Zusammenarbeit mit dem IWF reduziert werden. Egal wer im Februar neuer Präsident wird, es gibt viel zu tun und das Zeitfenster ist begrenzt.

Rückblick 2009

Das Jahr 2009 wird in die Geschichte der Ukraine als ein "Krisenjahr" eingehen. Die wirtschaftliche Tätigkeit ist massiv eingebrochen; das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank um etwa 14% und entwickelte sich damit schlechter als in den Nachbarländern Russland (-8%) und Belarus (+0,2%). Wie zu erwarten, ist auch die Arbeitslosigkeit gestiegen. Die Arbeitslosenrate (ILO-Methodologie) stieg von 6,9% Ende 2007 auf geschätzte 9,2% Ende 2009. Dieser recht moderate Anstieg ist u.a. der Tatsache zu verdanken, dass die Löhne und Gehälter flexibel reagiert haben. So sanken 2009 die Reallöhne um 10%. Damit hat der Arbeitsmarkt einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Ukraine geleistet.

Ein weiterer stabilisierender Faktor war die Geld- und Wechselkurspolitik der Nationalbank der Ukraine (NBU). Bereits im vierten Quartal 2008 fand eine signifikante Abwertung der Hryvnia statt, die zur Wiederherstellung eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts dringend erforderlich war. In der Folge hat die NBU in 2009 durch eine verhältnismäßig restriktive Geldpolitik indirekt den Kurs der Hryvnia unterstützt, welcher sich im Jahresverlauf bei einem Wert von etwa 8 UAH/USD stabilisiert hat. Aber auch die Inflationsrate ging in Folge dieser Politik zurück, trotz der massiven Abwertung Ende

2008. Die Teuerungsrate sank von 22,3% Ende 2008 auf 12,3% Ende 2009. Diese restriktive Politik wurde aber von praktisch allen politischen Kräften kritisiert und die NBU geriet sehr stark unter politischen Druck.

Der starke politische Druck auf die NBU ist allerdings in erster Linie fiskalisch begründet. In 2009 wurde eine Reihe von Maßnahmen zur Reduktion des Haushaltsdefizits implementiert, diese gingen allerdings nicht weit genug. Zentrale Bereiche wie Renten und Energiepreise wurden aus politischen Gründen nicht angefasst. Als Folge daraus resultiert ein sehr hohes Haushaltsdefizit, welches allerdings in Abhängigkeit von der konkreten Bewertung einer Reihe von Transaktionen (staatliche Zuwendungen an Naftogaz bzw. den Pensionsfonds, die Zuteilung von Sonderziehungsrechten durch den IWF und die Maßnahmen zur Rekapitalisierung von Banken) sehr unterschiedlich ausfällt: Die Schätzungen für das Budgetdefizit in 2009 liegen deshalb je nach konkreter Auslegung zwischen 5,4% und 9,0% vom BIP. Dieses sehr hohe und gegenwärtig kaum finanzierbare Defizit erklärt den Wunsch der Politik, die Notenpresse zur Finanzierung der Staatsausgaben einzusetzen. Eine zentrale Lehre aus der Krise 2009 sollte deshalb sein, dass die Unabhängigkeit der NBU gestärkt werden muss.

Ausblick 2010

Am Anfang des neuen Jahres 2010 stellt sich unmittelbar die Frage, wie sich die wirtschaftliche Situation weiter entwickeln wird. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Prognosen der zentralen makroökonomischen Indikatoren durch eine Reihe von internationalen und nationalen Institutionen:

Prognosen der zentralen wirtschaftlichen Indikatoren 2010

	Weltbank	IWF	IER Kiew
Reales BIP-Wachstum, in %	2,5	2,7	3,4
BIP, in Mrd. USD	k.A.	119,7	125,2
Inflation, in % zum Jahresende	10,6	9,0	11,5
Leistungsbilanzsaldo, in % vom BIP	0,1	0,2	-1,1
Budgetdefizit, in % vom BIP	4,0	4,0*	3,8
Staatsverschuldung, in % vom BIP	41,7	38,6	k.A.

* inklusive Naftogaz

Realwirtschaft/BIP: Für 2010 zeichnet sich eine langsame, moderate Erholung des BIP ab. Hierbei spielen auch statistische Basiseffekte eine Rolle, die nach

dem starken Fall des BIP in 2009 für ein positives Wachstum im Folgejahr sorgen. Dieses Wachstum ist vor allem durch die anziehende externe Nachfrage bedingt, während die inländische Nachfrage wohl erst zeitverzögert Impulse setzen kann. Die weitere Erholung der weltwirtschaftlichen Lage bleibt dabei der zentrale Einflussfaktor auf die ukrainische Wirtschaft. Eine Verschlechterung der globalen Lage würde dabei unmittelbar Abwärtsrisiken implizieren.

Inflation: Nach einem stetigen Rückgang der Inflation in 2009 stellt sich die Frage, ob sich diese Entwicklung auch in 2010 fortsetzen wird. Die Prognosen sehen hier nur einen leichten Rückgang vor; es ist sehr wahrscheinlich, dass die Inflationsrate im Jahresverlauf auf einem niedrigen zweistelligen Niveau verharrt. Unsicherheiten ergeben sich hierbei durch die dringend notwendigen Preisanpassungen im Energiebereich, die bisher unterblieben sind.

Leistungsbilanz: Der Großteil der Anpassung der Leistungsbilanz ist im Jahresverlauf 2009 erfolgt, so dass diese nun fast ausgeglichen ist. Während es in 2010 zu einem deutlichen Anstieg der Exporte kommen sollte (vgl. die Erläuterungen zum BIP), werden bei einer moderaten Erholung auch die Importe steigen. Daher sollte der Leistungsbilanzsaldo im Vergleich zu 2009 etwa unverändert bleiben, d.h. die Leistungsbilanz nahezu ausgeglichen sein. Damit ist aus dieser Richtung kein Druck auf den Wechselkurs zu erwarten.

Öffentliche Finanzen: Die angespannte fiskalische Lage ist auch im neuen Jahr der größte Risikofaktor, da hier die Unsicherheiten besonders groß sind. Bisher ist vom Parlament kein Budget für 2010 verabschiedet worden, so dass nach geltender Gesetzgebung das Vorjahresbudget weiter exekutiert wird. Neben dem angesprochenen fehlenden Willen zu notwendigen Anpassungsmaßnahmen wurden Ende 2009 neue, ungedeckte Versprechungen im populistischen Gesetz bezüglich der Mindestlöhne und -renten gemacht. Vor dem Hintergrund des fehlenden Kapitalmarktzugangs im Ausland und eines unterentwickelten inländischen Kapitalmarktes bedeutet das auch ein latentes Risiko für die Inflationsentwicklung.

Eine Prognose für 2010 ist unter diesen Umständen sehr schwierig, aber klar ist, dass dem Budget 2010 eine zentrale Rolle zukommen wird. Es ist zu erwarten, dass im Kontext einer Fortführung der Kooperation mit dem IWF nach einer Konsolidierung der politischen Lage ein realistisches Budget verabschiedet wird, das diesen Erfordernissen Rechnung trägt. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass im Zuge der Krise auch die Staatsverschuldung deutlich zunimmt: Von 12,4% des BIP Ende 2007 auf ca. 40% des BIP Ende 2010.

Fazit

Eine langsame, moderate Erholung der Realwirtschaft ist aus heutiger Sicht das wahrscheinlichste Szenario der weiteren Entwicklung. Die Lage bleibt dabei allerdings fragil und von vielen Unsicherheiten gekennzeichnet. Ein zentraler Einflussfaktor dieser Erholung bleibt die externe Situation in Form der weiteren Entwicklung der Weltwirtschaft.

Eine schnelle Rückkehr zu den hohen Wachstumsraten vor der Krise wird es dabei jedoch nicht geben. Wachstumstreiber der Vergangenheit wie ein hohes Exportwachstum (z.B. bei den Stahlexporten) sowie eine dynamische Expansion des inländischen Konsums (begünstigt durch ein starkes Kreditwachstum) werden so schnell nicht wiederkommen. Die Notwendigkeit für strukturelle Reformen steigt damit unmittelbar. Als Basis einer solchen ambitionierten, mittelfristigen wirksamen Reformagenda muss aber eine stabilitätsorientierte Geld- und Fiskalpolitik stehen. In diesem Zusammenhang ist die Wiederaufnahme der Kooperation mit dem IWF ohne Alternative, und als aktuell wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe anzusehen.

Autoren

Robert Kirchner; kirchner@berlin-economics.com
Dr. Ricardo Gucci; gucci@berlin-economics.com

Die Deutsche Beratergruppe

Die Deutsche Beratergruppe berät seit 1994 Entscheidungsträger der ukrainischen Regierung bei der Lösung aktueller Probleme der Wirtschaftspolitik. Sie wird im Rahmen des TRANSFORM-Nachfolgeprogramms der Bundesregierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie finanziert.

Herausgeber

Dr. Ricardo Gucci, Robert Kirchner

Impressum

Deutsche Beratergruppe
c/o BE Berlin Economics GmbH
Schillerstraße 59, D-10627 Berlin
Tel: +49 30 / 20 61 34 64 0
Fax: +49 30 / 20 61 34 64 9
info@beratergruppe-ukraine.de
www.beratergruppe-ukraine.de